



19. Januar 1931

CARL SEVERING · ZURÜCK ZUR POLITIK!

FÜR die deutsche Innenpolitik ist das Jahr 1930 eine der schwierigsten Zeitspannen gewesen. Die Sprengung der Großen Koalition, die unmittelbar nach der parlamentarischen Verabschiedung des Neuen Plans erfolgte, eröffnete die unerfreulichsten Perspektiven für die Lösung der Probleme, die die ungünstige Entwicklung der Weltwirtschaft gerade der deutschen Politik zu stellen begann. Die Kämpfe um die ersten Steuergesetze und die sozialpolitischen Neuerungen, der Streit um die Notverordnungen und schließlich die Auflösung des Reichstags haben dann die innenpolitischen Spannungen derart vermehrt, daß der Parteienkampf alles, und daß die Politik nur noch wenig bedeutete. Der 14. September war der vorläufige Abschluß dieser innenpolitischen Auseinandersetzungen, die wegen der vielfach unduldsamen Art ihrer Austragung bei allen wahrhaft guten Deutschen die lebhaftesten Besorgnisse wachrufen mußten. Das Ergebnis dieses schwärzesten Tags des Jahres 1930 war ein bedeutendes Anwachsen der Parteien, die nicht nur dem System der parlamentarischen Demokratie sondern auch den Grundlinien der deutschen Außenpolitik den schärfsten Kampf angesagt hatten.

Es ist nicht die Aufgabe dieser Betrachtung die Gründe für das Wachstum der Nationalsozialistischen und der Kommunistischen Partei im einzelnen anzuführen. Darüber besteht ja kein Zweifel: Ihr wirksamster Bundesgenosse, ihr erfolgreichster Zutreiber war die wirtschaftliche Not der Volksschichten, die durch den Krieg, durch die Inflation und die Wirtschaftskrise auch jeden seelischen Halt verloren hatten. Ob die Wähler, die in ihrer Verzweiflungsstimmung die Wahllisten der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei unterstützten, dadurch diesen Halt wiedergewonnen haben, ist zu bezweifeln. Sie griffen nach dem Strohalm radikaler Versprechungen, weil sie auf ihrer politischen Meerfahrt keine Fahrtrichtung mehr sahen und den eigenen Kompaß, der auf Land gewiesen hätte, nicht bei sich führten.

So hat das Jahr 1930 uns die nicht gerade erfreuliche Erkenntnis gebracht (oder bestätigt), daß wir noch weit davon entfernt sind uns ein politisch erzogenes oder gar politisch reifes Volk nennen zu dürfen. Es hat gar keinen Sinn für die Einzelvorgänge des vergangenen Jahres nach Schuldigen zu

suchen. Es gibt kaum eine Partei, der nicht Fehler bei einzelnen Entscheidungen von großer Tragweite anzukreiden wären. Darum bräuchte eine Erörterung der Schuldfrage uns nicht einen Schritt weiter. Aber wir würden doch geradezu unentschuld bare Vogel-Strauß-Politik betreiben, wenn wir nicht bei allen Schritten zur Besserung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände von der Erkenntnis ausgingen, daß in der Erziehung der Wähler zur Politik vieles versäumt worden ist. Daß diese Unterlassungen insbesondere die Mittelparteien treffen, wird wohl kaum bestritten werden. Wo ist die Führung der bürgerlichen Mittelparteien, die sich in den letzten Jahren der Mühe unterzogen hätte die schwierige Organisation einer Partei in den Wählerkreisen aufzubauen, die ihren Organisationsapparat nicht nur auf Werbung sondern auch auf politische Schulung eingestellt hätte? Außer dem Zentrum verfügt keine der bürgerlichen Parteien über eine derartige Organisation. Wo ist die bürgerliche Mittelpartei, deren Mitglieder den Opfersinn und die Begeisterung gezeigt hätten, die in den sozialistischen Organisationen, also in den Verbänden der "Materialisten", zu den ausgeprägten Tugenden gehören? Endlich, wer nur in Warenhaussteuern, in der Herabsetzung der Gesteuerungskosten und ähnlichen Dingen den Gipfelpunkt seiner politischen Ideale erblickt, der mag sich für einen tapferen Anwalt der Interessen seiner Berufsgruppe halten (in Wirklichkeit ist er das noch nicht einmal), mit Politik und mit Erziehung zur Politik hat er nichts zu tun.

Denn die betrübendste von allen betrübenden Erscheinungen des verflommenen Jahres war nicht einmal der 14. September, sondern die politische und geistige Verfassung, in die sich die breitesten Schichten des Bürgertums widerstandslos treiben ließen. Der Wahlerfolg der Nationalsozialisten hatte im Ausland aufs neue das Mißtrauen in den Friedenswillen des deutschen Volks wachgerufen. Ein Abfluß fremden und deutschen Kapitals aus der deutschen Wirtschaft wurde unmittelbare Folge dieses Umschwungs. Den "Siegern", die nun auch von sensationslüsternen internationalen Reportern umworben wurden, schwoll der Kamm. Zwar, eine ungeteilte Freude empfanden sie nicht über ihren Sieg. Mit 107 Mandaten im Reichstag warten zu müssen, das lag nicht ganz in der Wunschlinie ihrer Ministrablen, die schon einiges von der Zerreißung des Youngplans und ähnlichen außenpolitischen Exzessen abgeschworen hatten. Aber um so hemmungsloser trieben es die Agitatoren im Land mit ihren nur schlecht versteckten oder gar offenen Bürgerkriegsdrohungen. So kam zu der finanziellen Schwächung der Wirtschaft noch die innere Beunruhigung, die Angst vor blutigen Auseinandersetzungen, die Sorge um Leben und Eigentum. Der Reichskanzler Heinrich Brüning hat nicht übertrieben, als er in einer Rede in Schlesien davon sprach, daß das deutsche Volk in den letzten Monaten am Rand des Abgrunds gewandelt sei.

In dieser Situation hätte ein mutiges und politisch erzogenes Bürgertum die Dinge schnell wenden können. Wie Gustav Stresemann im Herbst des Jahres 1923 bei der Liquidierung des Ruhrkonflikts gegen den nationalistischen Strom schwamm, von der Einsicht durchdrungen, daß sonst dieser Strom alles in Deutschland verschlingen würde, so wäre auch im Herbst des Jahres 1930 eine schnelle Wiederbesinnung, eine schnelle Rückkehr zur politischen Vernunft möglich gewesen. Aber Rücksichten auf die "Volksstimmung", das heißt auf die politische Konjunktur, hemmten die Schritte der für die Führung der Parteien maßgebenden Männer. Und so erlebten wir dann wochenlang das Liebeswerben um die "Mitarbeit" der Nationalsozialisten, die Be-

mühungen "die nationalen Kräfte der jungen Bewegung in den Dienst des Volksganzen zu stellen". Schon in dieser Haltung erwiesen sich die bürgerlichen Liebeswerber als schlechte Psychologen. Es versteht sich von selbst, daß kein Politiker, der diesen Namen verdient, die 6 Millionen Wählerstimmen der Nationalsozialisten ignorieren darf, ebenso sollte es sich von selbst verstehen, daß jede aufbauende Kraft dem Volksganzen nutzbar gemacht wird, unbekümmert darum, welchen Ursprungsstempel diese Kraft trägt. Aber die Voraussetzung für eine derartige Einspannung neuer Kräfte muß doch sein, daß diese Kräfte auf den Aufbau, nicht auf Zerstörung gerichtet sind. Das eben haben jene Parteipolitiker außer acht gelassen, die in Reden und Zeitungsartikeln den Aposteln des Dritten Reichs so artige Dinge sagten, bis ihnen diese in einem Rückfall in die alten Unarten einen ziemlich deutlichen Korb gaben. Die Überheblichkeit der ohnehin nicht gar zu bescheidenen nationalsozialistischen Wortführer ist durch das Liebeswerben der verschiedensten bürgerlichen Prominenten nur weiter gesteigert worden, während eine richtige psychologische Behandlung die großen Worte der Herren auf das bedeutend kleinere Maß ihres Könnens zurückführen müßte.

Diese Bemerkungen sind nicht von der Sorge um eine, meines Erachtens allerdings falsche Koalitionspolitik diktiert. Im Augenblick (und ich fürchte: noch für lange Zeit) ist die Frage der deutschen Politik ungleich wichtiger als die Frage der Koalition. Jetzt kommt es darauf an sich wieder zur Politik, zur Vernunft zu wenden. Es geht nicht weiter an unsere innenpolitischen, unsere wirtschaftlichen Nöte mit außenpolitischem Lärm zu übertönen, wie das Monate hindurch geschehen ist, von denen, die sich zwar als die besten Deutschen anpreisen, in Wirklichkeit aber die nationalen Interessen unseres Volks auf das schwerste schädigen. Es wird höchste Zeit, daß wir uns alle wieder darauf besinnen die Politik aus dem Aufgabengebiet des Kehlkopfs in die Funktionen des Kopfes zu verweisen. Wir sind ja doch alle einig darin, daß die Behauptung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Krieg unwahr ist. Auch darin, daß unsere Zahlungsverpflichtungen unsere Leistungsfähigkeit, besonders in diesen Krisenjahren, bei weitem übersteigen. Es gibt kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Grenzziehung im Osten ein Fehler ist, und daß die Behandlung unseres Landes in Wehrfragen dem Grundsatz der Gleichberechtigung widerspricht. Aber mit nationalsozialistischen Rezepten werden diese Fragen unmöglich gelöst werden können. Wenn wir den Widerstand der Alliierten mit Protestrufen und Protestresolutionen allein hätten brechen können, dann wäre er längst gebrochen. Und den bloßen Drohlärm haben wir bisher nur im Arsenal politischer Stümper gefunden. Also laßt uns wieder zur Politik zurückkehren. Je mehr die Tagesströmungen die Sinne verwirren, desto klarer haben die verantwortungsbewußten Stellen es auszusprechen, daß die am schwersten drückende Sorge unserer Innenpolitik: die Wirtschafts- und Finanznot, nicht behoben werden kann, wenn es uns nicht gelingt die Welt von unserer Friedensliebe zu überzeugen. Im Zusammenarbeiten mit Frankreich geben wir der Welt die sicherste Garantie unserer Friedensliebe, uns aber auch selber die Gewähr des Friedens. Und darüber hinaus kann eine engé Zusammenarbeit mit Frankreich uns unmittelbare Milderungen unserer Wirtschaftsnot bringen; nicht nur durch Gewährung von Anleihen zu günstigen Bedingungen sondern auch durch Aufträge an unsere Industrie. Ich habe in den Sozialistischen Monatsheften seit jeher eine engere kulturelle und wirt-

